Überblick[1]

Die globale wirtschaftliche Aktivität zeigte sich gegen Jahresende trotz deutlich gestiegener Infektionszahlen und den damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen resilienter als während der ersten Infektionswelle im März und April 2020. Der IWF erwartet in seinem im Jänner veröffentlichten Prognoseupdate für das Jahr 2021 ein Wachstum des globalen BIP von 5,5%, die Europäische Kommission in ihrem Prognoseupdate vom Februar ein Wachstum von 5,2% (Welt ohne Euroraum). Gegenüber den Prognosen vom Herbst entspricht das jeweils einer leichten Aufwärtskorrektur von +0,3 Ppt. (IWF) bzw. +0,5 Ppt. (EK). Die Aufwärtsrevision erklärt sich einerseits mit einem robusteren Weltwirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte 2020 und andererseits weiteren fiskalpolitischen Maßnahmen. Für das Jahr 2022 erwartet der IWF weiterhin einen Zuwachs von 4,2%, die EK mit 3,8% ein geringfügig stärkeres Wachstum als noch im Herbst angenommen. Das Wirtschaftswachstum in den USA wird laut IWF-Prognose 2021 deutlich stärker ausfallen, als noch im Herbst erwartet. In Folge des 1,9 Billionen USD schweren Konjunkturprogramms soll das BIP nunmehr um 5,1% zunehmen – eine Aufwärtsrevision von 2 Ppt. Die chinesische Wirtschaft lag im vierten Quartal 2020 mit rund 6,5% (gegenüber dem Vorjahresquartal) wieder bei jenem Expansionstempo, das die Wirtschaft vor der Krise aufgewiesen hatte. Im Jahr 2021 soll das BIP laut IWF um rund 8% wachsen.

Die großen Euroraumländer zeigten im Jahresabschlussquartal eine sehr heterogene Entwicklung, die in erster Linie den unterschiedlichen Eindämmungsmaßnahmen geschuldet war. So sank die Wirtschaftsleistung in Italien (-2,0%), Frankreich (-1,3%) und den Niederlanden (-0,1%), verzeichnete aber geringfügige Wachstumsraten in Spanien (+0,4%) und Deutschland (+0,3%; jeweils im Vergleich zum Vorquartal). In Summe sank die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 0,6%. Die Europäische Kommission erwartet für das Jahr 2021 in der Interimsprognose ein BIP Wachstum von 3,8% (-0,4 Ppt. ggü der Herbstprognose); der IWF ist etwas optimistischer und geht von einem BIP-Wachstum von 4,2% aus, hat jedoch die Prognose stärker als die EK nach unten revidiert (-1,0% ggü dem Herbst). Nach einer anhaltend geringfügig negativen Inflation zwischen August und Dezember 2020 stieg die HVPI-Inflation im Jänner auf +0,9%, die Kerninflation auf +1,4%. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen: (1) das Auslaufen der deutschen Mehrwertsteuersenkung mit Ende Dezember 2020 und die Einführung einer CO_2-Abgabe in den Bereichen Transport und Gebäudeheizung, (2) die Gewichtsanpassungen des HVPI-Warenkorbs und (3) der rezente Anstieg der Erdölpreise. Im Februar lagen Gesamt- und Kerninflationsrate lt. Schnellschätzung bei 0,9% und 1,1%.

Österreichs Wirtschaftsleistung sank im vierten Quartal 2020 deutlich stärker als jene des Euroraums und dessen größte Volkswirtschaften. Die bis Anfang Februar dauernden strengen Eindämmungsmaßnahmen lassen auch für das erste Quartal 2021 keine positiven Impulse erwarten. Mit den Öffnungen Mitte Februar ging die BIP-Lücke von rund 11% während des dritten Lockdowns auf 5% zurück. Auf Basis dieser Faktoren erwartet die Europäische Kommission nur eine schwache Wirtschaftserholung 2021 (2,0%), die OeNB schätzt die Entwicklung geringfügig optimistischer ein (2,2%). Die HVPI-Inflationsrate betrug, wie auch schon im Dezember, 1,0%. Wie auch im Euroraum dämpfte die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln die Inflation, wohingegen die Preise für Wohnen, Wasser und Energie inflationserhöhend wirkten.

[1] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).